

Stefan Zimmermann

Die Gestaltung des Zahlungsmodus bei Betriebsveräußerung

Eine steuerorientierte Analyse

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Reinhold Hömberg



RESEARCH

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XIX
Tabellenverzeichnis	XXV
Gleichungsverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Symbolverzeichnis	XXXIX
1 Einleitung	1
1.1 Einführung in die Thematik	1
1.2 Unentgeltliche und entgeltliche Unternehmensnachfolge	4
1.2.1 Unentgeltliche versus entgeltliche Vermögensübertragung im erbschaft-/schenkungsteuerlichen Sinne	4
1.2.2 Unentgeltliche versus entgeltliche Vermögensübertragung im einkommensteuerlichen Sinne	7
1.2.2.1 Unentgeltliche Übertragungen	7
1.2.2.2 Entgeltliche Übertragungen	9
1.2.2.3 Teilentgeltliche Übertragungen	11
1.3 Entgeltliche Unternehmensübertragung – Ausgestaltung der Gegenleistung	13
1.4 Grundlagen der einkommensteuerlichen Betriebsveräußerungsgewinnbesteuerung	20
1.5 Untersuchungshypothese und Ziel der Arbeit	22
1.5.1 Ableitung der Untersuchungshypothese	22
1.5.2 Ziel der Arbeit	24
1.6 Gang der Untersuchung	25
2 Beendigung einer unternehmerischen Betätigung im Sinne des § 16 EStG bei Vereinbarung einer Einmalzahlung	27
2.1 Kaufpreisbegleichung durch eine Einmalzahlung	27
2.2 Voraussetzungen für die Tatbestandsverwirklichung der Betriebsveräußerung	28
2.3 Ermittlung des Erfolgs aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebs	32
2.3.1 Begriff des Veräußerungserfolgs und Schema der Ermittlung	32
2.3.2 Bedeutung und Bestimmung des Veräußerungszeitpunkts	35
2.3.3 Bestimmung des Veräußerungspreises	37
2.3.3.1 Umfang des Veräußerungspreises	37
	IX

2.3.3.2	Bewertung des Veräußerungspreises	38
2.3.4	Abzugsfähige Transaktionskosten	40
2.3.5	Wert des zu übertragenden Reinbetriebsvermögens	41
2.4	Sachliche Steuerbefreiung des Veräußerungsgewinns	42
2.5	Tarifliche Begünstigung des Betriebsveräußerungsgewinns durch § 34 EStG	46
2.5.1	Vorbemerkung	46
2.5.2	Begriff der außerordentlichen Einkünfte	46
2.5.3	Kriterium der Zusammenballung	49
2.5.4	Tarifliche Begünstigung durch Anwendung der 'Fünftelregelung'	53
2.5.4.1	Vorteilhaftigkeit der Fünftelregelung im Vergleich zur Normalbesteuerung bei Variation des zu versteuernden Einkommens	57
2.5.4.2	Analyse der Vorteilhaftigkeit der Fünftelregelung bei Variation des zu versteuernden Einkommens und der außerordentlichen Einkünfte	64
2.5.5	Entlastung des Betriebsveräußerers bei Anwendung des ermäßigten Steuersatzes gemäß § 34 Abs. 3 EStG	67
2.5.5.1	Vorteilhaftigkeit der ermäßigten Durchschnittssatzbesteuerung im Vergleich zur Normalbesteuerung bei Variation des zu versteuernden Einkommens	71
2.5.5.2	Vorteilhaftigkeit der ermäßigten Durchschnittssatzbesteuerung gegenüber der Normalbesteuerung bei Variation der Höhe des zu versteuernden Einkommens und der außerordentlichen Einkünfte	77
2.5.6	Fünftelregelung versus ermäßigte Durchschnittssatzbesteuerung	84
2.5.7	Zusammenfassung	91
3	Veräußerung der unternehmerischen Betätigung gegen wiederkehrende Zahlungen und Besteuerungsfolgen beim Altunternehmer	93
3.1	Vorbemerkung	93
3.2	Die Besteuerung von Kaufpreistraten beim Berechtigten	93
3.2.1	Kaufpreistraten im steuerrechtlichen Sinn	93
3.2.2	Veräußerungspreisbestimmung bei Ratentilgung	97
3.2.3	Veräußerungspreisbestimmung bei Ratentilgung ohne vertragliche Zinsvereinbarung	98
3.2.3.1	Bewertungsgrundlagen	98
3.2.3.2	Einmal jährliche Ratenzahlungen	99
3.2.3.3	Mehrmalig unterjährige Ratenzahlungen	100
3.2.3.4	Bewertungsrechtliche Ermittlung des Barwerts ausstehender Ratenzahlungen	102

3.2.3.5	Ökonomische Auswirkungen der Fiktion einer mittelschüssigen Zahlungsweise	104
3.2.4	Veräußerungspreisbestimmung bei Annuitätentilgung	107
3.2.5	Auswirkungen auf die Veräußerungspreisbestimmung bei Vereinbarung einer unangemessen niedrigen bzw. unangemessen hohen Verzinsung	112
3.2.6	Besteuerung der aus dem Ratengeschäft stammenden periodisch wiederkehrenden Leistungen	115
3.2.6.1	Zuordnung der Kaufpreisforderung zum Privat- oder Betriebsvermögen	115
3.2.6.2	Besteuerung der aus dem Ratengeschäft resultierenden Zinsen	116
3.2.6.2.1	Kaufpreisforderung Bestandteil des Privatvermögens	116
3.2.6.2.2	Kaufpreisforderung Bestandteil des Betriebsvermögens	117
3.2.6.3	Bemessung der Höhe der aus dem Ratengeschäft vereinnahmten Zinsen	118
3.3	Die Besteuerung von Kaufpreiszeitrenten beim Berechtigten	120
3.3.1	Steuerrechtlicher Begriff der Kaufpreiszeitrente	120
3.3.2	Wahlrecht zwischen Sofortbesteuerung und Zuflussversteuerung	125
3.3.3	Gesetzlicher Grundfall der Sofortversteuerung	127
3.3.3.1	Sofortversteuerung des Betriebsveräußerungsgewinns – Grundprinzip	127
3.3.3.2	Ableitung des Veräußerungsentgelts aus den Rentenzahlungen	127
3.3.3.3	Besteuerung der aus der Zeitrentenvereinbarung stammenden Verzinsung	130
3.3.4	Nachgelagerte Besteuerung	130
3.3.4.1	Erfordernis der Separation von Zins- und Tilgungsanteil	130
3.3.4.2	Methodische Separation der Tilgungs- von den Zinsanteilen	132
3.3.4.3	Besteuerung der Zins- und Tilgungsanteile	133
4	Die Besteuerung voll entgeltlich erworbener Leibrenten beim Berechtigten	136
4.1	Einführende Bemerkungen zum Leibrentenbegriff im Einkommensteuerrecht	136
4.2	Wahlrecht zwischen Sofort- und Sukzessivbesteuerung bei Leibrenten	141
4.3	Ableitung eines auf den Veräußerungszeitpunkt bezogenen Veräußerungsentgelts aus Leibrentenforderungen	142

4.3.1	Konzepte zur Ermittlung des Kapitalwerts zukünftiger Leibrentenzahlungen	142
4.3.1.1	Vorbemerkung	142
4.3.1.2	Interpretation der Leibrente als Zeitrente	142
4.3.1.3	Leibrentenbarwertermittlung auf Basis bewertungsrechtlicher Vorschriften	143
4.3.1.4	Ansatz des Verkehrswerts der ausstehenden Leibrentenbezüge	146
4.3.2	Versicherungsmathematische Grundlagen und Leibrenten- barwertbestimmung bei jährlich vorschüssiger Zahlungsweise	148
4.3.3	Leibrentenbarwertbestimmung bei jährlich nachsüssiger Zahlungsweise	154
4.3.4	Leibrentenbarwertbestimmung auf Basis der bewertungs- rechtlichen Fiktion einer mittelschüssigen Zahlungsweise	156
4.3.5	Ableitung der Leibrentenbarwertfaktoren aus Anlage 9 zu § 14 BewG	157
4.4	Barwertberechnung einer unterjährig m -mal zu verzinsenden und auszuzahlenden Leibrente	158
4.4.1	Berechnungsalgorithmus bei unterjährig vorschüssiger Zahlungsweise	159
4.4.2	Berechnungsalgorithmus bei unterjährig nachsüssiger Zahlungsweise	165
4.5	Quantitative Auswirkungen auf die Höhe des Leibrentenbarwerts im Fall der Wertermittlung nach § 14 Abs. 1 BewG	167
4.5.1	Vorbemerkung	167
4.5.2	Methodische Vorüberlegungen	168
4.5.3	Auswirkungen der bewertungsrechtlichen Fiktion einer einzigen Zahlung zur Mitte eines Jahres (Mittelschüssigkeitseffekt)	169
4.5.3.1	Jährlich oder unterjährig vorschüssige Rentenzahlungen	169
4.5.3.1.1	Absolute Differenzen	169
4.5.3.1.2	Relative Differenzen	172
4.5.3.2	Jährlich oder unterjährig nachschüssige Rentenzahlungen	173
4.5.3.2.1	Absolute Differenzen	173
4.5.3.2.2	Relative Differenzen	176
4.5.4	Auswirkungen des Rückgriffs auf die Erlebenswahrscheinlichkeiten der „Allgemeinen Sterbetafel 1986/1988 für Gesamtdeutschland“ (Sterbewahrscheinlichkeiteneffekt)	179
4.5.4.1	Absolute Differenzen	179
4.5.4.2	Relative Differenzen	186
4.5.4.3	Anpassung der bewertungsrechtlichen Leibrentenbarwert- ermittlung an geänderte Sterbeverhältnisse	189

4.5.5	Bewertungsrechtlicher Leibrentenbarwert versus Leibrentenverkehrswert – Gesamtdifferenz im Fall vor- und nachschüssiger Rentenauszahlung	191
4.5.5.1	Ausmaß der absoluten Gesamtabweichungen	191
4.5.5.2	Ausmaß der relativen Gesamtabweichungen	196
4.6	Quantitative einkommensteuerliche Auswirkungen im Veranlagungszeitraum der Unternehmensübertragung bei optionaler Anwendung von § 14 Abs. 1 BewG und § 34 Abs. 1 EStG	202
4.6.1	Vorbemerkungen	202
4.6.2	Methodische Grundlagen bei Anwendung der Fünftelregelung	203
4.6.3	Absolute Einkommensteuereffizienzen bei Anwendung der Fünftelregelung im Fall vor- und nachschüssiger Rentenauszahlung	205
4.6.4	Relative Einkommensteuereffizienzen bei Anwendung der Fünftelregelung im Fall vor- und nachschüssiger Rentenauszahlung	218
4.6.5	Veränderung der absoluten und relativen Vorteilhaftigkeit bei Variation des Renteneintrittsalters	224
4.6.6	Einkommensteuerliche Auswirkungen bei Variation des dem Leibrentenverkehrswert zugrunde liegenden Zinsfußes	231
4.6.6.1	Vorüberlegungen	231
4.6.6.2	Änderung der Einkommensteuerbelastung bei von 5,5 % p. a. abweichenden Zinssatzvereinbarungen – Variation des Leibrentenverkehrswerts	235
4.6.6.3	Ableitung kritischer entscheidungsunterstützender Parteienzinssätze	238
4.6.6.4	Änderung der Einkommensteuerbelastung bei von 5,5 % p. a. abweichenden Zinssatzvereinbarungen – Variation des Renteneintrittsalters	241
4.6.7	Einkommensteuerliche Auswirkungen bei Anpassung der § 14 Abs. 1 BewG zugrunde gelegten Sterblichkeitsannahmen	245
4.6.7.1	Absolute Veränderung der Einkommensteuerbelastung	245
4.6.7.2	Prozentuale Veränderung der Einkommensteuerbelastung	248
4.6.7.3	Absolute und prozentuale Veränderung der Einkommensteuereffizienz – Variation des Renteneintrittsalters	250
4.7	Quantitative einkommensteuerliche Auswirkungen im Veranlagungszeitraum der Unternehmensübertragung bei optionaler Anwendung von § 14 Abs. 1 BewG und § 34 Abs. 3 EStG	253
4.7.1	Methodische Grundlagen zur Berechnung der Steuerbelastungsänderung bei Anwendung der ermäßigten Durchschnittssatzbesteuerung	253
4.7.1.1	Basisannahmen	253
4.7.1.2	Absolute Differenzeinkommensteuer auf Basis von § 34 Abs. 3 EStG – Berechnungsmethodik	254

4.7.1.3	Relative Differenzeinkommensteuer auf Basis von § 34 Abs. 3 EStG – Berechnungsmethodik	256
4.7.2	Ausmaß der absoluten und relativen Einkommensteuerdifferenz im Fall der vor- und nachschüssigen Rentenauszahlung – Variation des Leibrentenverkehrswerts	257
4.7.3	Veränderung der absoluten und relativen Vorteilhaftigkeit bei Variation des Renteneintrittsalters	264
4.7.4	Einkommensteuerliche Auswirkungen bei Variation des dem Leibrentenverkehrswert zugrunde liegenden Zinsfußes	267
4.7.5	Einkommensteuerliche Auswirkungen bei Anpassung der § 14 Abs. 1 BewG zugrunde gelegten Sterblichkeitsannahmen	271
4.7.6	Zwischenfazit	277
4.8	Kapitalwertermittlung bei abgekürzten (temporären) Leibrenten	279
4.8.1	Methodische Grundlagen: versicherungsmathematische Leibrentenverkehrswertermittlung	279
4.8.1.1	Jährlich vorschüssige Rentenzahlungen	279
4.8.1.2	Unterjährig vorschüssige Rentenzahlungen	281
4.8.1.3	Jährlich nachschüssige Rentenzahlungen	281
4.8.1.4	Unterjährig nachschüssige Rentenzahlungen	282
4.8.2	Ermittlung des Barwerts einer abgekürzten Leibrente nach Bewertungsrecht	284
4.8.3	Quantitative Auswirkungen einer Wahlrechtsausübung zugunsten des Leibrentenbarwertnachweises durch ein versicherungsmathematisches Gutachten	287
4.9	Ermittlung und Versteuerung der in den Leibrentenzahlungen enthaltenen Ertragsanteile	290
4.9.1	Besteuerung der vereinnahmten Ertragsanteile – grundlegende Systematik	290
4.9.1.1	Einkünftezuordnung und Methodik der Einkünfteermittlung	290
4.9.1.2	Notwendigkeit der Isolation der Ertragsanteile aus den laufenden Rentenzahlungen	291
4.9.1.3	Abzugsfähige Werbungskosten	291
4.9.1.4	Weiterer Besteuerungsprozess außerhalb der Einkünftefeststellung	292
4.9.2	Ertragsanteilsbestimmung bei lebenslänglichen Leibrenten	293
4.9.2.1	Konkretisierung des Betriebsveräußerungspreises durch den Leibrentenverkehrswert	293
4.9.2.2	Konkretisierung des Betriebsveräußerungspreises durch § 14 Abs. 1 BewG	294
4.9.2.3	Vorteilhaftigkeit methodisch verschieden generierter Ertragsanteile	301
4.9.3	Ertragsanteilsbestimmung bei abgekürzten Leibrenten	305

4.10	Besteuerungsfolgen bei Wahl der Zuflussversteuerung	311
4.10.1	Grundlegende Systematik der Besteuerung	311
4.10.2	Separation der Tilgungs- von den Zinsanteilen	312
4.11	Zusammenfassung der Ergebnisse	314
5	Analyse der gegenleistungsartenspezifischen Gesamtvorteilhaftigkeit bei Ausübung steuerlicher Wahlrechte	316
5.1	Allgemeiner Lösungsansatz und Zielsetzung	316
5.1.1	Evaluierungsproblematik konkurrierender Handlungsalternativen	316
5.1.2	Zielsetzung	318
5.1.3	Konkretisierung der zu untersuchenden Handlungsalternativen	319
5.1.4	Struktur der quantitativen Untersuchungen	322
5.2	Modelltheoretischer Ansatz und Basisannahmen	323
5.2.1	Die vollständige Finanzplanung als investitionstheoretisches Bewertungsinstrument	323
5.2.1.1	Partialmodell in Verbindung mit einer kasuistischen Veranlagungssimulation	323
5.2.1.2	Aufbau und Bestandteile vollständiger Finanzpläne	327
5.2.1.3	Handlungsalternativenendogener Zahlungssaldo	328
5.2.1.4	Handlungsalternativenunabhängige andere Zahlungen	329
5.2.1.5	Erfassung der in einem Veranlagungszeitraum entstehenden Einkommensteuerzahlung	330
5.2.1.6	Zahlungssaldo aus ergänzenden Finanzierungsprojekten	331
5.2.1.7	Konsumverwendungspräferenzen und Zielfunktion	332
5.2.1.8	Diskretisierung der Zeit	334
5.2.2	Festlegung der die Analysen prägenden Basisannahmen	335
5.3	Analyse der Gesamtvorteilhaftigkeit bei vereinbarten Einmalzahlungen, Ratenzahlungen und Zeitrenten	338
5.3.1	Entscheidungsalternativenabhängige Gesamtvorteilhaftigkeit im Ausgangsfall	338
5.3.2	Modifikation des Ausgangsfalls durch Variation der entscheidungsrelevanten Zinsfüße	347
5.3.2.1	Variation der zeitrentenimmanenten Verzinsung	347
5.3.2.1.1	Vorbemerkung	347
5.3.2.1.2	Variation des vereinbarten Jahreszinssatzes	348
5.3.2.1.3	Variation der innerperiodischen Rentenauszahlung	350
5.3.2.2	Variation der projektexogenen Verzinsungsprämissen	353
5.3.2.2.1	Methodische Vorüberlegungen	353
5.3.2.2.2	Sollzinssatz variiert bei gleich bleibendem Habenzinssatz	355

5.3.2.2.3	Habenzinssatz variiert bei gleich bleibendem Sollzinssatz	357
5.3.3	Modifikation des Ausgangsfalls durch Variation der vorgegebenen Rentenlaufzeit	361
5.4	Analyse der Gesamtvorteilhaftigkeit bei Vereinbarung ausschließlich vom Leben des Berechtigten abhängiger Leibrenten	364
5.4.1	Entscheidungsalternativenabhängige Gesamtvorteilhaftigkeit im Ausgangsfall	364
5.4.2	Modifikation des Ausgangsfalls durch Variation der entscheidungsrelevanten Zinssätze	369
5.4.2.1	Variation der leibrentenimmanenten Verzinsungsparameter	369
5.4.2.1.1	Vorbemerkung	369
5.4.2.1.2	Variation des vereinbarten Nominalzinssatzes	372
5.4.2.1.3	Variation der innerperiodischen Rentenauszahlung	374
5.4.2.2	Variation des projektexogenen Soll- und Habenzinssatzes	376
5.4.2.2.1	Sollzinssatz variiert bei gleich bleibendem Habenzinssatz	376
5.4.2.2.2	Habenzinssatz variiert bei gleich bleibendem Sollzinssatz	378
5.4.3	Modifikation des Renteneintrittsalters	379
5.4.4	Anpassung von § 14 Abs. 1 BewG an geänderte Sterblichkeitsverhältnisse	382
5.5	Analyse der Gesamtvorteilhaftigkeit bei Vereinbarung abgekürzter Leibrenten	387
5.5.1	Entscheidungsalternativenabhängige Gesamtvorteilhaftigkeit im Ausgangsfall	387
5.5.2	Modifikation des Ausgangsfalls durch Variation der entscheidungsrelevanten Zinsfüße – abgekürzte Leibrenten	392
5.5.2.1	Variation der leibrentenimmanenten Verzinsungsparameter	392
5.5.2.2	Variation der projektexogenen Kredit- und Anlagenverzinsung	395
5.5.2.2.1	Sollzinssatz variiert bei gleich bleibendem Habenzinssatz	395
5.5.2.2.2	Habenzinssatz variiert bei gleich bleibendem Sollzinssatz	396
5.5.3	Variation des Renteneintrittsalters	397
5.5.4	Anpassung von § 14 Abs. 1 BewG an geänderte Sterblichkeitsverhältnisse	399
5.6	Spiegelung der vorgefundenen Vorteilhaftigkeiten an Ergebnissen aus Paralleluntersuchungen – grundsätzliche Vorteilhaftigkeit der nachgelagerten Besteuerung von Leibrenten	402

6 Zusammenfassung und Ausblick	409
6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	409
6.2 Ausblick	412
Anhang A: Mathematische Ableitungen	415
Anhang B: Ertragsanteilssätze gemäß § 55 Abs. 2 EStDV	432
Literaturverzeichnis	435
Rechtsprechungsverzeichnis	449
Rechtsquellenverzeichnis	459